

2024-01-24 12:00

Propaganda

gegen

Opposition

**FAKE
NEWS**

Ist es nicht bemerkenswert, was zurzeit in unserem Staat geschieht? Erstmals wurde indirekt von der Regierung zu Massendemonstrationen gegen Oppositionsparteien aufgerufen!

Zu den Organisatoren und Unterstützern dieser Massenaktionen gehören regierungsnah und mehr oder weniger regierungsfinanzierte Organisationen wie Regierungsparteien, der ÖRR und andere Mainstreammedien, Gewerkschaften, Kirchen und andere NGOs. Ausgelöst wurden diese Aktionen durch die Veröffentlichung des „Faktencheckers“ Correctiv über eine private Zusammenkunft einiger Leute in einem Potsdamer Hotel.

Bei diesem privaten Treffen, das Correctiv als geheimes Treffen bezeichnete, ging es unter anderem um rechtstaatliche Mittel zur Eindämmung der Massenimmigration, zur Rückführung illegaler Migranten und um Anreize zur freiwilligen Rückkehr von Migranten. Correctiv verfremdete dies in demagogischer Weise zu einem „Geheimplan gegen Deutschland“, der auf die Vertreibung von Millionen von Menschen (mit oder ohne deutschen Pass) aus Deutschland abziele. Außerdem rückte Correctiv das Treffen propagandawirksam in die Nähe der Wannseekonferenz, auf der 1944 die endgültige Vernichtung der Juden von den Nazis beschlossen wurde.

Das private Treffen spionierte der Verein mit geheimdienstlichen Mitteln, also illegal, aus, und zwar bereits im November 2023. Die Veröffentlichung erst am 10. Januar 2024 erfolgte als Beginn einer offenbar orchestriert ablaufenden Verleumdungs- und Diffamierungskampagne gegen die Opposition, als die Bauernproteste, mit denen sich weitere Berufsgruppen und große Teile der Bevölkerung solidarisierten, die Regierung in Bedrängnis brachte. Jetzt berichten die Mainstreammedien ausführlich über die regierungskonformen Demonstrationen „gegen rechts“, so dass die immer noch fortgeführten und wahrlich demokratischen Demonstrationen von Bauern, Spediteuren, Mittelständlern usw. gegen die Regierungspolitik im öffentlichen Bild quasi ausgelöscht sind!

Für Menschen, die rational und kritisch die Situation betrachten – insbesondere mit Rückblick auf die neuere Geschichte – sind die Parallelen mit der Propaganda totalitärer Systeme sehr auffällig, wie z. B. mit der Propaganda in der Nazizeit, in der DDR und in der Stalin- und Mao-Zeit. Die Freien Säkularen Humanisten Hamburg sind deshalb sehr betrübt, dass sogar Vertreter säkularer Hamburger Vereine, die sich als kritisch und den Werten

der Aufklärung verpflichtet sehen, dennoch die Propaganda der Regierung und ihrer Minister unkritisch übernehmen. Haben sie den wahren Sinn des Satzes: „Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ vergessen oder ihn nicht in seiner elementaren Bedeutung erfasst?

Der Journalist **Theo-Paul Löwengrub** hat einen Artikel in der Webseite [ANSAGE!](#) zur derzeitigen Propaganda gegen die Opposition geschrieben. Der ausführliche und mit vielen Belegen (Links) versehene Artikel „PUTSCH VON OBEN“ ist durch folgende Überschriften gegliedert:

- **Moral Panic**
- **Keine anderen Themen mehr**
- **Die CDU als Oppositionsparodie**
- **Pogromstimmung**
- **Kein Anlass zu pietätlos**
- **Gift der Spaltung**
- **Wie unter Mao**
- **Every generation has its own disease**

Hier der Link zum Artikel:

[**Putsch von oben**](#)



PUTSCH VON OBEN

Von Theo-Paul Loewengrub - 23. Januar 2024



1953, es könnte aber auch 2024 sein: Deutsche mit Haltung (Foto:bpa)

Was wir hier erleben, ist historisch beispiellos. Es ist eine Grenzverschiebung, ein Putsch von oben, eine kollektive Psychose. Die schlechteste und gemeingefährlichste Bundesregierung seit Bestehen der Republik, die Ampel, die unseren Wohlstand und unsere Industrie vernichtet und Deutschland bereits bis zur Unkenntlichkeit „verändert“ hat, kriminalisiert alle, die gegen sie sind, und versucht die Opposition mit einer großangelegten Intrige auszuschalten, indem sie sie mit Propaganda, nachweislichen Falschbehauptungen und volksverhetzenden Lügen allen Ernstes zu einer rechtsextremen Bedrohung hochpusht. Das einzige Ziel: Die eingeschlagene Agenda zu retten, den linksrünen Machtverlust um jeden Preis zu verhindern. Und dieser Machtverlust ist real, wie die nun praktischerweise durch die regierungstreuen Massenaufmärsche planmäßig aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängten Bauern- und sonstigen Proteste für einen lichten Moment gezeigt ha-

ben – und wie es auch die seit Monaten steigenden Umfragewerte für die AfD zeigten. Dass sich diese in der Wählergunst seit Amtsantritt von Olaf Scholz verdoppelt hat und auf inzwischen fast so viel Zustimmung wie alle drei Ampelparteien zusammen stößt, liegt natürlich nicht daran, dass die Deutschen „rechter“ geworden wären – sondern dass sie von dieser Regierung die Schnauze gestrichen voll haben.

Nichts von dem, was der AfD angelastet wird, ist wahr. Die bodenlose Nazi-Unterstellung macht bei objektiver Betrachtung nicht nur keinen Sinn, sondern erweist sich als infame Dauerdiffamierung mit dem eigentlich schärfsten Schwert, das die innenpolitische Debatte nach 1945 eigentlich kannte – der Nazi-Gleichsetzung – die allerdings durch inflationären Dauergebrauch längst stumpf geworden ist. Nicht einmal die mittlerweile erfolgreich abgeschlossene Begriffsgleichsetzung von „rechts“ (als völlig legitimer und notwendiger Teil jedes demokratischen Spektrums) und „rechtsextrem/rechtsradikal“ kann über die groteske Verleumdung der AfD hinwegtäuschen. Das, was man ihr anlastet, eine „faschistische“ oder „demokratiegefährdende“ oder „rassistische“ Partei zu sein, macht nicht einmal in selektivem Bezug auf Björn Höcke, die Junge Alternative oder die völkisch-identitären, umstrittenen Elemente mit „Schnellroda-Schlagseite“ in der Partei Sinn; und wer ernsthaft von „Nie wieder!“ spricht und postuliert, es handele sich bei dieser Partei um eine Wiederkehr der NSDAP, hat nicht mehr alle Tassen im Schrank und ist wahlweise ahnungslos, bösartig oder beides. Die Übernahme dieser Behauptung entlarvt den, der sie unterstützt, zielsicher als Opfer der medialen Dauerberieselung ohne jede kritische Gegenprüfung. Nur wer mit geradezu sektiererischer Verbohrtheit jegliche inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD verweigert hat und nicht einmal das Programm gelesen hat, und/oder wer keine geschichtliche Ahnung über das Dritte Reich und alles hat, wofür die tatsächlichen Nazis einst standen, kann guten Gewissens so daherreden oder gar Hashtags, Memes und Schilder mit derartigen Aussagen emporrecken.

Moral Panic

Wie wenig verbreitet unter den gegenüber der Gruppensphäre seit jeher notorisch vertrauensseligen Deutschen aber die Bereitschaft zur kritischen Reflexion, zur eigenen Befassung mit Gehörtem und Gesagtem auch dieser Tage ist, erklärt dann die willfährige Unterstützung der Massen und Mitläufer für eine konzertierte, generalstabsmäßig vorbereitete Kampagne, die mit den punktgenau aus der Schublade geholten, eigentlich schon zwei Monate alten „Enthüllungen“ des regierungsfinanzierten „Correctiv“-Netzwerks über ein zur „Wannseekonferenz 2.0“ umgelogenes Potsdamer Privattreffen begann, das seither dazu benutzt wird, all die Vorurteile und eingepflanzten Angstneurosen, die das Juste Milieu seit jeher auf alle Rechten projiziert, für vermeintlich wohlbegründet zu erklären und damit eine „5-vor-12“-Stimmung zu erzeugen. Die Katze wurde *à la point* aus dem Sack gelassen – in dem Moment, da die authentischen Graswurzelproteste der unzufriedenen Landwirte, Fischer, Spediteure, Logistiker, Handwerker, Unternehmer, Ärzte und weiterer Berufsgruppen gerade ungemütlich zu werden und der AfD weiteren Zulauf zu sichern drohten.

Kaum hieß es mit höchster politischer und medialer Rückendeckung „*Straße frei*“ für den Mob der Anständigen, kaum war die „*moral panic*“ entfesselt, war die Stunde gekommen, da die wahren autoritätsverliebten oder gar totalitär gesinnten Vorzeigedemokraten dieses Landes endlich die Maske fallen lassen konnten – zum zweiten Mal binnen weniger Jahre, seit sie mit ihren feuchten Träumen nach Entrechtung und Isolation Ungeimpfter eine gesellschaftliche Gruppe mit moralischem Wohlfühlbonus nach Herzenslust entmenschlichen und ausgrenzen durften. Zuerst traf es die Teilnehmer des Potsdamer Salons, die dort nur Zuhörer gewesen waren und nichts von dem durch „Correctiv“ Unterstellten mitbekommen hatten: Öffentlichkeitswirksam distanzierte sich ihr Umfeld zunächst von ihnen. Zuerst mobbte die Burgerkette „Hans im Glück“ [ihren Mitgeschafter Hans-Christian Limmer](#) als Geschafter raus, dann musste die untadelige und politisch absolut [gemäßigt-liberale Journalistin Silke Schröder](#) (unter anderem „Tichys Einblick“) den Vorstand des *Vereins Deutsche Sprache* (VDS) verlassen, was nicht verhindern konnte, dass Scharfrichter- und Anklägermedien dem VDS [die Gretchenfrage nachwarfen](#): „*Wie rechts ist der Verein?*“, der „*Spiegel*“ fragte gar in einem verunglückten Sprachwitz: „*Sind Rechtsextreme dem Verein sein Tod?*“ Und schließlich traf es sogar den Ex-AfD-Bundestagsabgeordneten und früheren Chefsyndikus des Bayer-Konzerns, den hochdekorierten Juristen [Dr. Roland Hartwig](#): [AfD-Parteichefin Alice Weidel feuerte ihn](#) – in einer von der Außenwirkung her fatalen Fehlentscheidung – als ihren persönlichen Referenten.

Keine anderen Themen mehr

Doch das war erst der Anfang. Seit der Gutmenschenmob tobt, ist auch in der Veröffentlichung alles erlaubt. Im Zuge der wohlkonzertierten Aktion, bei der schon wenige Tage nach der „*Enthüllung*“ bestellte AfD-Verbotsforderungen bei verdächtig schnell organisierten Kundgebungen erhoben wurden, Bundeskanzler und Ministerinnen gegen ihre eigene Opposition persönlich mitdemonstrierten (und dabei bestickte rote Themenschals trugen, die in der Kürze der Zeit nie hätten rechtzeitig angefertigt worden sein können) und sogar [ein Theaterstück bereits vier Tage nach dem „Correctiv“-Artikel zu dessen Inhalt fertig einstudiert](#) war, wurde bereits alles und jeder in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt. Die perfekt aufeinander abgestimmte Zersetzungskampagne sorgte dafür, dass alle anderen Themen in der Versenkung verschwanden: Die Sternfahrt tausender LKW's nach Berlin; die Debatte über das geräuschlos durchgewunkene neue Staatsbürgerschaftsrecht; die Details über empörende und verstörende Entwicklungen in Davos. Das alles ging im famosen Ablenkungsmanöver unter. In der medialen *high rotation* gab es keine anderen Themen mehr: „*Nuhr im Ersten*“ musste einer „*aus aktuellem Anlass*“ ausgestrahlt, [hochmanipulativen ARD-Story über „AfD-Aussteiger](#)“ weichen – und da Renegaten ja bekanntlich die zuverlässigsten, objektivsten und glaubhaftesten Quellen über alles und jeden sind, den es zu zersetzen gilt, fiel auch hier das gezeichnete AfD-Bild mit dem Raunen der Gosse zusammen.

Mit dem „Zweiten“ sah man übrigens nicht besser, respektive nichts anderes: Bei „Maybrit Illner“ durfte letzte Woche Eva Quadbeck, Chefin des SPD-hörigen „Redaktionsnetzwerks Deutschland“, Ungeheuerliches absondern, was die Verschiebung der Grenzen und die

neue Salonfähigkeit des Totalitarismus im deutschen Journalismus eindrucksvoll belegt. Sie forderte mal eben die Wiederkehr einer politischen Polizei à la Gestapo oder Stasi in Deutschland: *„Und da müssen Leute, die verfassungswidrig agieren und auch wirklich, für die muss das ungemütlich sein, die müssen erwischt werden, die müssen bestraft werden, die brauchen auch Razzien zu Hause. Und das sehe ich überhaupt noch nicht in ausreichendem Umfang und geschehen.“* Fast noch furchterregender als das Gesagte: Niemand muckte auf. Kein Unmut im Publikum – im Gegenteil: Applaus der Claqueure. Andere Talkshows waren nicht besser: [Bei „Markus Lanz“](#) wurde in Nichtanwesenheit auch nur irgendeines AfD-Politikers nach dem beliebten Schema von dem zugeladenen verantwortlichen „Correctiv“-Redakteur der Desinformationsstory, von Sahra Wagenknecht, von Robin Alexander und von Lanz selbst das gewohnte AfD-Tribunal abgehalten.

Die CDU als Oppositionsparodie

Am Sonntag machte dann Anne-Will-Nachfolgerin Caren Miosga ihre neue Talkshow – irre originell und meeeega unerwartet – ebenfalls zum Scherbengericht über die AfD, wobei auch hier die Angeklagte zur Verteidigung nicht erscheinen darf, wie [Boris Reitschuster kommentiert](#), der treffend ergänzt: *„Dafür klagt sie CDU-Chef Merz mit an, der sich brav rechtfertigt, er sei doch kein böser Richter und sei doch auch ganz brav gegen die AfD. Zum Schluss macht Merz dann noch einmal besonders brav Männchen und betont seine Bereitschaft, mit der Bundesregierung zusammenzuarbeiten, und nennt als Beispiel den Deutschlandpakt. Das ist keine Opposition, das ist die Parodie einer Opposition.“* Die regierenden Parteivertreter der SED-Einheitsfront 2.0 in diesem Land waren da nicht besser; bereits vorige Woche hatte FDP-Gouvernante Mari-Agnes Strack-Zimmermann von der AfD als *„Haufen Scheiße“* gesprochen und ihre Wähler mit Fliegen gleichgesetzt. Auf ebenso musterdemokratischem Niveau rangiert auch das Zitat des linksgrün durchwirkten schleswig-holsteinischen CDU-Ministerpräsidenten Daniel Günther: *„Wir dürfen nicht tolerieren, dass Menschen eine solche Partei wählen“*. In Rheinland-Pfalz verstieg sich die Ahrtal-Versagerin und Skandalministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) gar zu politischen AfD-Verleumdungen auf der [offiziellen Webseite der Landesregierung](#); da es sich dabei allzu offensichtlich um einen Verstoß gegen das Neutralitätsgebot handelte, musste Dreyer ihre an die Wähler gerichtete Anti-AfD-Stimmungsmache löschen.

Apropos Wahlbeeinflussung, Wahleinschüchterung, Wahlmanipulation: Die kollektive Respektlosigkeit vor dieser bewusst vom Grundgesetz geheim und urpersönlich gehaltenen Institution macht auch vor Vertretern der aus gutem Grund perspektivisch in der geschichtlichen Versenkung verschwindenden Kirchen nicht halt: Elisabeth Hann von Weyhern, evangelische [Regionalbischöfin von Nürnberg, flehte ihre Schäfchen geradezu an](#), sich *„gut zu überlegen, wo ihr euer Kreuz macht“*. Christen könnten eine Partei wie die AfD nicht wählen. Ähnlich hatten sich zuvor schon andere Kirchenfürsten auch auf Seiten der katholischen Kirche geäußert. Aber es geht noch gruseliger: Wie sehr alle demokratischen und parlamentarischen Regeln mit Füßen getreten werden, zeigte das Berliner Abgeordnetenhaus, wo bei der Rede der AfD-Fraktionsvorsitzenden Kristin Brinker zur Aktuellen Stunde [alle übrigen Parteien das Plenum verließen](#). Das gespenstische Bild, das an die

Obstruktionstaktik ausgerechnet der NSDAP erinnert, die als letzte Partei in Deutschland dieses Verhalten an den Tag legte, zeigt am krassesten, wie sehr genau jene, die die Demokratie zu „retten“ vorgeben, sie in Wahrheit entkernen, entehren und zerstören. Die Berliner Grünen jedoch bejubelten ihre Teilnahme an dieser schändlichen Aktion: „*Was für ein Zeichen! Komplett leerer Plenarsaal... Alle außer der AfD-Fraktion haben den Saal verlassen!*“.

Pogromstimmung

Diese Ausgrenzungs- und Missachtungsstrategie ist die sichtbare Fortsetzung dessen, was auf subtilere Weise schon länger läuft, solange die AfD in Deutschlands Parlamenten sitzt: Die Altparteien verweigern ihnen qua Geschäftsordnung zustehende Vorstands- und Ausschussposten und parlamentarische Ehrenämter. In Hessen, wo die AfD zweitstärkste Kraft ist, darf sie keinen Parlamentsvizepräsidenten stellen (obwohl es sich bei der Kandidatin um die [vietnamesisch-christliche Flüchtlings-tochter Anna Nguyen](#) handelt). Sie enthalten der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung – trotz gegenteiligem Urteil des Bundesverfassungsgerichts – als einziger parteinaher Stiftung weiterhin die Finanzierung vor. Seit einer Woche, parallel zu den Rufen nach einem Parteiverbot, wollen [Vertreter des Einheitskartells ihr die staatlichen Parteimittel sogar ganz streichen](#); ausgerechnet CSU-Ministerpräsident Markus Söder machte einen entsprechenden Vorstoß. Der ewige CSU-Opportunist will damit bei SPD und Grünen offene Türen einrennen, die das Abdrehen jeglicher Finanzquellen für die AfD [ohnehin als effektive Methode betrachten](#), um die Partei zu „*bekämpfen*“. Sie inhaltlich zu stellen wird schon gar nicht mehr versucht; es geht nur mehr um Vernichtung der Opposition.

Dieses brandgefährliche Klima erzeugt Hass und Pogromstimmung – auf den Straßen, wo sich unter die „*gegen rechts*“ gerichteten „*Aufmärsche der Anständigen*“ immer mehr Antifa, Linksextremisten und gewaltbereite Staatsfeinde mischen, die hier neuerdings sogar – wie vorgestern in Aachen – unter Polizeischutz hinter [Bannern mit der Aufschrift „AfDler töten“ herlaufen](#) und damit Mordaufrufe gegen rechnerisch potenziell 12 bis 15 Millionen AfD-Wähler im Land gutheißen. Auch in den sonstigen Niederungen der „Zivilgesellschaft“ darf das Haltungsbekenntnis mit zugehöriger Droh- und Verfolgungskulisse für Andersdenkende und -meinende nicht fehlen. Was vor zwei Jahren noch die Hetze gegen Ungeimpfte war, wird jetzt eben gegen AfDler und das diffuse „rechte“ Feindbild aufgeboten. Eine Petition des linksradikalen, von staatsnahen Organisationen und NGOs finanzierten Online-Kampagnenvereins „Campact“, die [dem Thüringer AfD-Chef Björn Höcke die „Grundrechte entziehen“ will](#), steht inzwischen bei knapp 1,6 Millionen (!) Unterzeichnern. Landauf, landab indoktrinieren Schulen und Lehrer ganz offiziell ihre Schüler – so wie einst für „*Fridays for Future*“, doch nun bloß eben „*gegen rechts*“. An einem Gymnasium in Mellendorf wurde die Schülerschaft vom zuständigen Lehrer der Fachgruppe Politik per Rundbrief aufgefordert, an der Demo „*Hannover zeigt Haltung*“ teilzunehmen: Alle Bürger seien eingeladen, hieß es da, „*für den Erhalt einer freiheitlichen und auf die Menschenwürde jedes Einzelnen achtenden Gesellschaft, die so nur in einer Demokratie verwirklicht werden*“.

kann, einzustehen... Wir freuen uns, wenn auch Ihr dieses grundsätzliche Anliegen unterstützt und an der Veranstaltung teilnehmt!“.

Kein Anlass zu pietätlos

Kein Anlass ist noch zu pietätlos und unpassend, dass er nicht zur Stimmungsmache gegen die AfD missbraucht wird. Der wegen Steuerhinterziehung verurteilte Uli Hoeneß [ließ es sich nicht nehmen, bei der Trauerfeier für Franz Beckenbauer](#) all jene um den „Kaiser“ trauernden Fans, die politisch der AfD nahestehen, öffentlich zur brüskieren und anzuprangern – deplatziert, taktlos, widerlich, aber immerhin sicherte sich Hoeneß mit dieser Anbiederung einen warmen Händedruck des Kanzlers, der sich aus Angst, wie beim Handball-Eröffnungsspiel ausgepiffen zu werden, feige auf der Tribüne versteckt hielt. Beim [Stuttgarter „Jazz-Open“-Festival](#) durfte die Parole „Fuck AfD“ selbstverständlich ebenfalls nicht fehlen – samt bejubeltem Aufruf, dass AfD-Konzertbesucher unerwünscht seien und ausgeschlossen würden. Wie dies wohl bei den rechnerisch mehreren tausend AfD-Anhängern im Publikum angekommen sein mag, wurde nicht bekannt, doch dass in einer einstmals freien Gesellschaft ein solches Klima der Angst erzeugt wird, ist zum Schaudern. Angst und bange muss AfD’lern hierzulande aber nicht nur am Arbeitsplatz oder in der Freizeit werden, sondern auch für den Fall, dass sie ernsthaft erkranken sollten und sich in medizinische Behandlung begeben müssen.

Denn auch immer mehr Krankenhäuser und sogar Universitätskliniken rufen wohlfeil dazu auf, „*Haltung gegen Rechtsextremismus*“ einzunehmen; [Deutschlands Klinikverbandschef erklärt gar](#) – in offensichtlicher Übernahme der Propagandalügen von Potsdam mit der in Wahrheit nie und nirgends erhobenen Forderung nach „*Ausweisung aller Ausländer*“ – man müsse sich „*um die Internationalität der Medizin*“ sorgen und um ausreichenden Nachwuchs an Pflégern und Ärzten, und warnt theatralisch vor AfD-Wahlerfolgen. Ob vor allem namentlich bekannten AfD-Politikern und ihren Angehörigen hierzulande bei diesem Meinungs-Bias dann noch eine gleichwertige Behandlung garantiert wird – vom Umgang mit Organspendern oder bei der Anwendung lebenserhaltender Maßnahmen – bleibt, Hippokratischer Eid hin oder her, offen. Wenn die Gleichschaltung und Politisierung erst einmal die Kliniken erreicht hat, sind auch hier „innere Führung“ und Grundrechtsloyalität schnell passé. Das haben Deutschlands Weißkittel nicht nur in der braunen und dann roten Diktatur gezeigt, sondern fatalerweise auch in der Corona-Zeit; auch hier lässt sich mit Fug und Recht konstatieren, dass AfD’ler (vulgo „Nazis“) heute das sind, was vor zwei Jahren die Ungeimpften waren.

Gift der Spaltung

Die bösartigen und perfiden Lügen fallen aber nicht nur im Gesundheitswesen auf fruchtbaren Boden; auch etwa bei der *Bundesvereinigung Lebenshilfe*, dem größten Selbsthilfeverband für Menschen mit geistiger Behinderung, werden der „*Widerstand gegen rechts*“ und die Anti-AfD-Demonstrationen beklatscht. „*Wir alle müssen jetzt Flagge zeigen. Ich*

bin daher sehr froh, dass nun endlich viele Tausende auf die Straße gehen, um der AfD und anderen rechtsextremen Kräften die Stirn zu bieten“, trötet die Bundesvorsitzende der „Lebenshilfe“, Ulla Schmidt. Der Staat sei aufgerufen, „ein Verbot der AfD zu prüfen. Unsere Demokratie ist in großer Gefahr“, schwurbelte Schmidt weiter. Und auch bei ihr genügt der shortcut zur Potsdam-Finte, bei der sie offenbar über die Lektüre des „Correctiv“-Pamphlets und der unkritisch übernommenen systemmedialen Schlagzeilen nicht hinauskam, um die Scheinbegründung dafür nachzuschieben: „Spätestens nachdem bekannt wurde, dass sich AfD-Vertreter mit namhaften Rechtsradikalen in Potsdam getroffen haben, um massenhafte Abschiebungen auch deutscher Bürgerinnen und Bürger zu beraten, muss allen klar sein, was die Stunde geschlagen hat“. Schmidt ist nachweislich völlig ahnungslos, was wirklich passierte, aber sie weiß erstaunlicherweise noch viel mehr: Die AfD lehne „eine inklusive Gesellschaft ab“ und grenze Menschen aus, „die nicht ins völkisch-nationalistische Weltbild passen“. Interessant: Niemand in der AfD hat das je gesagt und es steht auch nichts davon im Programm. Aber es darf ungestraft behauptet werden. Caesars Ausspruch „Je größer die Lüge, umso mehr Menschen folgen ihr“ bewahrheitet sich als ewig.

Doch das Gift der Spaltung dringt nicht nur in alle Poren des öffentlichen und gesellschaftlichen Alltags ein; es soll auch in die innerste Privatsphäre der Menschen, in die Familien, einsickern. Wie in allen ideologischen Regimes soll auch hier und heute wieder die Familie, als sozialer Elementarbereich und kleinste gesellschaftliche Keimzelle, infiltriert und politisiert werden. Was einst in der DDR und heute in Nordkorea funktioniert, muss auch im besten Deutschland aller Zeiten erlaubt sein, solange es „für die Demokratie“ und „gegen rechts“ geschieht. Nachdem bereits linientreue Systemclowns wie Herbert Grönemeyer („dann liegt es an uns zu diktieren, wie so ‘ne Gesellschaft aussieht!“) oder Eintracht-Frankfurt-Ex-Präsident Peter Fischer mit seinem Hausverbot für AfDler und privaten Anfeindungen gegen Andersdenkende „Zeichen gesetzt“ hatten in diese Richtung, forderte letzte Woche auch Freiburgs linksextremer Trainer Christian Streich, inzwischen geradezu die Karikatur eines präpotenten Gutmenschen, [den „Kampf gegen Rechts“ bis in die Familien hineinzutragen](#). Genau in diese Richtung gehen bereits [konkrete Bestrebungen der Grünen](#), mit Parteifunktionären (quasi nach dem Vorbild der einstigen Politikkommissare), Polizei und Sicherheitsbehörden das komplette Leben der Deutschen zu durchfilzen, um rechte Umtriebe frühzeitig zu detektieren und unschädlich zu machen. Ricarda Lang denkt bereits laut darüber nach, in Umkleidekabinen und Stammtischen gegen „Rechte“ vorzugehen; ihre [Parteikollegin Lina Paus](#), als Familienministerin zuständig für die Milliardenöpfel der linksextremen NGO-Finanzierung, will das diesbezügliche „zivilgesellschaftliche Engagement“ noch engmaschiger machen und noch mehr Geld in entsprechende „Projekte“ pumpen.

Wie unter Mao

Wenn ich meinen Instagam-Account dieser Tage durchscrolle und mich vor allem durch die „Storys“ arbeite, fasse ich es schier nicht, wer hier alles die „#Niewiederistjetzt“-Demoaufzüge teilt. Selbst hochintelligente Menschen finden sich darunter, von denen ich mit Be-

stimmtheit sagen kann, dass sie zu viel auf der Pfanne haben, um sich aus Überzeugung diesem Propagandaschwachsinn anzuschließen – was mir nur beweist, dass sie sich zu keinem Zeitpunkt ernsthaft mit dem auseinandergesetzt haben können, was sie da eigentlich angreifen und als vermeintliche NS-Wiedergeburt verdammen. Viele von ihnen würden wahrscheinlich 90 Prozent dessen, wofür die AfD in Wahrheit tatsächlich steht, gutheißen und sich wundern, dass bei näherem Hinsehen rein gar nichts von dem übrig bleibt, was Beweis oder nur Indiz für die angeblich „*menschenverachtende Gesinnung*“ dieser Partei sein soll. Dass diese kritische Auseinandersetzung ausbleibt und sie nicht einmal die persönliche lebenslange Bekanntschaft mit Menschen wie mir zum Innehalten bringt, mit jemand also, den sie kennen und von dem sie eigentlich genau wissen müssten, wie absurd diese Zuschreibungen sind, das zeigt das schreckliche Ausmaß der Gehirnwäsche. Das alles ist schon mal dagewesen, und diese Zeitgenossen wissen schlicht nicht, wie nahe sie selbst an der Wiederholung der Geschichte sind, aus der sie behaupten, etwas „*gelernt*“ zu haben. Wem das Dritte Reich hier zu weit hergeholt scheint, den mag vielleicht eher ein naheliegender Vergleich überzeugen: Die „*Anti-Rechts-Bewegung*“ Maos, eine der zahlreichen großen Terrorkampagnen des chinesischen Führers gegen sein eigenes Volk. Dabei handelte es sich um eine landesweite „*Säuberung*“ in den Jahren ab 1957 gegen die – Achtung, aufgepasst! – die sogenannten „*Rechten im Land*“. Aus Wikipedia: „*Dabei wurden zwischen einer und zwei Millionen Menschen willkürlich als ‚rechts‘ eingestuft und in zwei Schüben in Erziehungshaft gesteckt oder hingerichtet.*“ Parallelen zur Gegenwart – oder drohenden nahen Zukunft – wären rein zufällig.

Man muss beim AfD-Bashing begreifen, dass es hier um Übertragung und Zuschreibungen geht. Würde hier gegen eine Partei demonstriert, die die Ermordung unwerten Lebens, nutzloser Esser, die Vertreibung und Tötung von Juden, die Wiedereinführung von Ariernachweisen, die Entrechtung alles Nichtdeutschen oder die Eroberung von Lebensraum im Osten propagierte, bräuchten wir uns nicht zu sorgen. Dann, und nur dann, wäre die „*Courage*“ der Protestierenden nobel und ehrenwert. Doch für nichts davon steht die AfD. Niemand in dieser Partei vertritt auch nur auszugsweise solche Ziele. Was dort vertreten wird, ist die Wiederherstellung gesetzlicher Zustände an den Außengrenzen, die Ausweisung und Abschiebung von Menschen ohne Bleiberecht. Die AfD will keine Einbürgerung von Antisemiten und Islamisten, sie will den Ausstieg aus der klima- und energiepolitischen Geisterfahrt, sie will ein Ende des eskalativen Ukraine-Kurses und der Russland-Sanktionen, sie will keine Gendersprache, keine Transpropaganda an Schulen, kein Selbstbestimmungsgesetz. Und: Sie will mehr direkte Demokratie, auch durch Plebiszite. Dass man all dies heute mit „*Rechtsextremismus*“ gleichsetzt, trägt Züge einer Hyperallergie mit Zügen eines politischen anaphylaktischen Schocks.

Every generation has its own disease

Doch es sind, wie gesagt, nur arglistige Zuschreibungen und Einordnungen. So wie 1933 die meisten Deutschen aus ihrer subjektiven Sicht scheinbar gute Gründe hatten, gegen Sozialisten, Kommunisten und Juden auf die Straße zu gehen, weil trotz Fehlens harter Beweise niemand ernsthaft daran zweifelte, dass diese Gruppen Deutschland von innen

zerstören wollten, und sich deshalb von der Regierung im Kampf gegen diese Gruppen erüchtigen und vor den Karren spannen zu lassen, obwohl es sich um reine Gerüchte, Propaganda und Verleumdungen vom Hörensagen handelte: So ist es heute grade wieder. Was damals die „Rotfront“ war, ist heute „Rechts“. Jede Generation hat ihre Feindbilder, und anscheinend ist ein epochenübergreifend konstanter Anteil der Deutschen bereit, zu deren Ausgrenzung immer dieselben Entrechtungen und Entgrenzungen gutzuheißen. Dass das Feindbild diesmal genau am andern Ende der Skala von damals liegt, ist im Lichte der Erfahrungen des 3. Reichs natürlich nachvollziehbar; aber umso bestürzender ist, wie wenig gerade hier hingeschaut wird, auf wen es zutrifft und auf wen eben nicht.

Es sind eben nicht die über die Zeiten beliebig austauschbaren verpönten Inhalte, sondern es sind die Methoden, auf die sich das „Nie wieder!“ und das „Wehret den Anfängen!“ beziehen sollte. Und wer diese Methoden heute wieder anwendet, der gesteht sie im Prinzip rückwirkend auch den Nazis von damals zu – mit eben dem einzigen Unterschied, dass deren Verbrechen dann eben „nur“ darin bestand, sie zufällig gegen die Falschen angewandt zu haben. Soll das etwa die Lehre aus unserer Geschichte sein?

Würde es hier tatsächlich um inhaltliche Parallelen zum NS-Horror gehen, dann wären die AfDler sowieso die denkbar falschen Adressaten, wie Ben Brechen kommentiert:

Wo war diese hunderttausende Menschen starke Zivilgesellschaft nach dem 7. Oktober? Nach dem schlimmsten Pogrom an Juden seit dem Holocaust? Als in Deutschland Islamisten feiernd durch die Straßen zogen? Wo waren da die ganzen Gewerkschaften, Prominenten, linken Gruppen?

— Ben (@ben_brechtken) [January 21, 2024](#)

Die Antwort ist klar: Sie schauten entweder feige weg – oder solidarisierten sich gar mit den Israel- und Judenhassern, die auf deutschem Boden für „Free Palestine“ und Kalifat demonstrierten; so wie sie auch jetzt wieder keine Probleme mit Hamas-Fans und „Antizionisten“ auf ihren Gegen-Rechts-Demos haben. Auch die Politik hat mit Islamismus und Judenfeindlichkeit offenbar ihren Burgfrieden gemacht – Hauptsache es geht gegen rechts. Berlins schwarzer CDU-Kultursenator Joe Chialo hat sogar [die „Antidiskriminierungs“-Klausel bei Fördermitteln](#) wieder aufgehoben – womit auf Hass und Polarisierung gründende NGOs wieder in den Genuss von Staatsknete kommen dürfen.

Doch nicht nur im verlorenen Berlin, auch in Bayern wird die ungute Engführung und Distanzlosigkeit der Politik zu tatsächlichen Demokratie- und Verfassungsfeinden im Abwehrkampf gegen eingebilddete Demokratie- und Verfassungsfeinde zur Tugend erhoben. Der Fall der linksextremen Lehramtsstudentin Lisa Poettinger, die jene Münchner Großdemo organisierte, die Markus Söder frenetisch lobte und feierte, zeigt die schreckliche Blindheit der Mächtigen. Schizophrenerweise waren die regierende CSU und Hubert Aiwangers Freie Wähler auf der Demo selbst für erwünscht erklärt worden. Daran schien sich Söder ebenso wenig zu stören wie an der Tatsache, dass Poettinger selbst propalästinensische Israel-Hetze betrieben hatte und [in der jüngeren Vergangenheit Ansichten äußerte](#), für die

sie sofort lebenslang vom Staatsdienst ausgeschlossen gehört. Don Alphonso stellte auf Twitter berechnigte Fragen:

Von Kuba lernen heisst für Frau Pöttinger siegen lernen. Wenn Linksradikale Demonstrationen organisieren, können sie sie natürlich nicht mehr unterwandern. pic.twitter.com/3W6H3krm7

— Don Alphonso (@_donalphonso) [January 21, 2024](#)

Das ist nicht alles: Poettinger hielt es 2022 außerdem für „*legitim, die Adressen von Nazis, Klimafaschos und Konzerneigentümern zu veröffentlichen*“ und dann ihre Häuser anzugreifen. Söder adelte ihren Linksaufmarsch dennoch als honorigen Protest gegen die AfD. Dieselbe Ignoranz gegenüber dem, was auf diesen Demos tatsächlich passiert, legte auch sein CDU-Ministerpräsidentenkollege Hendrik Wüst in NRW an den Tag: In Münster wurden Antifa-Flaggen gehisst und marschierten vermummte Gestalten, die Gewalt gegen Polizisten propagieren. Der Extremist und erklärte Demokratiefeind Jean-Philippe Kindler

vom WDR rief auf einer Rede die CDU zum „Feind“ aus und forderte „Hetze“ und „Radikalisierung gegen diese Scheiß-Partei“. Dann wurden auch noch Vertreter des Bündnisses gegen Antisemitismus von Hamas-Anhängern von der Bühne getrieben. „Juden unerwünscht... Als das Bündnis die Bühne verließ, johlte der Mob... von Hendrik Wüst: Kein Wort dazu“, kommentierte Julian Reichelt. Fürwahr: Die politischen Lemminge der Fake-Opposition haben nicht einmal begriffen, dass sie von den linken Hauptakteuren dieser Demos als Teil des Problems, des scheinbaren „Rechtsrucks“ im Land, wahrgenommen werden. Ihre Zeitgeistanbiederung ist daher noch bizarrer.

Nazis raus aus Deutschland | schönblöd

43

„Mag ich“-Bewertungen

1.493

Aufrufe

11 Std.

Hochgeladen

#AfD

#CDU

#Nazis

Rechtsextreme von [#AfD](#) und [#CDU](#) wollen, dass [#Nazis](#) wieder salonfähig werden, dummerweise haben sie ihre Rechnung ohne das [#Volk](#) gemacht, das hat nämlich keine Lust auf den braunen Mob und verteidigt die Demokratie auf der Straße und damit genau dort, wo ein bisschen Schnee zum größten Verkehrschaos nördlich der Alpen geführt hat.

Lasst uns gerne einen Kommentar da und abonniert unseren Kanal...



hessenschau

81.400 Abonnenten

@argonerd

Kommentare

Kommentare sind deaktiviert. [Weitere Informationen](#)

(Screenshot: Twitter/Argonerd)

Boris Reitschuster kommentierte hierzu: „Und was macht die CDU? Brav Männchen. Die Union hat sich selbst zum Hofnarren von Rot-Grün degradiert. In Konkurrenz zu Lindner, der wenigstens ein Amt für diese Rolle abgestaubt hat.“ Merke: Mit wem man demonstrieren geht, spielt nur bei „rechten“ Bauernprotesten, wie damals schon bei Corona-Grundrechtsdemos, eine Rolle; da heißt es im Zweifel: Lieber zuhause bleiben, bevor man mit den „Falschen“ gesehen wird. „Gegen Rechts“ gibt es keine solchen Vorbehalte. Die Teilnahme an diesen regierungstreuen Aufmärschen verheißt ein unwiderstehliches Angebot an alle Gratismutigen, die es vermeintlich diesmal richtig machen wollen, doch wieder genau auf der falschen Seite der Geschichte stehen. Anders als bei der folgenden Selbstdarstellung mit Katrin Göring-Eckardt ist nämlich der einzige Unterschied die Jahreszahl; die Abgebildeten sind Exponenten jener zeitlosen Mitläufer, über die Stalin bereits 1945 sagte: „Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt.“

